

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses - öffentlich -

Sitzungstag:

**Donnerstag, 29.11.2018**

Sitzungsort:

**Sitzungssaal Rathaus 1. OG**

Namen der Mitglieder des Umwelt- und Energieausschusses		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier	Lorenz Ilmberger	
<b>Niederschriftführer:</b> Stefan Kammermeier		
<b>Gremiumsmitglieder:</b> Josef Ebert Udo Guist Albert Kirnberger Betina Mäusel Johannes Mecke Günter Peischl Philipp Schwarz Manfred Unterstein		

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Umwelt- und Energieausschusses, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

37      8      **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 8 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018, die den Ausschussmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024  
Bauamt

38      8      **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

AZ 0242  
Bauamt

39      9      **Geplante Einführung eines Solarkatasters in der Gemeinde -  
Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen**

Das Ausschussmitglied Herr Schwarz ist zu diesem Tagesordnungspunkt zur Sitzung hinzugekommen und hat sich an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Der Erste Bürgermeister gibt den öffentlichen Beschluss Nr. 2 des Kreisausschusses für Energiewende, Landwirtschafts- und Umweltfragen vom 05.10.2016 bekannt, sowie die Beschlüsse des Umwelt- und Energieausschusses Nr. 30 vom 27.03.2017 und Nr. 33 vom 21.02.2018. In den gemeinsamen Klimazielen des Landkreises München ist die Förderung von Erneuerbaren Energien über ein Solarkataster vorgesehen. Dieses Kataster soll Potenzial für Solarthermie und Photovoltaik für Gebäudeeigentümer aufzeigen. Das Onlinetool soll für jeden Bürger/Gebäudeeigentümer einsehbar und nutzbar sein, um so eine

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.      Anwe-  
            send

### Vortrag - Beschluss

---

Steigerung von klimafreundlicherer Energiegewinnung auf dem eigenem Dach zu erzielen.

Am 21.02.2018 sprach sich der Umwelt und Energieausschuss mit Beschluss Nr. 33 grundsätzlich für die Einführung eines eigenen Katasters aus. Das Solarkataster für die Gemeinde soll umfangreiche Merkmale aufweisen, wie beispielsweise die Darstellung des Photovoltaik- und Solarthermiefpotentials, Informationsbereitstellung zur Dacheignung und Modulplatzierung, sowie Möglichkeit der Wirtschaftlichkeitsberechnung und CO<sub>2</sub> Einsparung. Zusätzlich wäre ein Gründachflächenkataster angedacht.

Zur Realisierung nahm die Verwaltung Gespräche mit verschiedenen potentiellen Anbietern auf. Es sollten insbesondere die gewünschte Grundlage aus Laserscandaten, sowie die Problematiken Vegetation und HKW-Ausstoß abgeklärt werden. Zur gewünschten Darstellungsschärfe wäre eine Überfliegung des Gemeindegebiets nötig, hier liegen die Kosten ungefähr zw. 10.000,- und 14.000,- Euro brutto. Die günstigere Alternative wäre eine Datengewinnung aus Orthophotos, die auf verfügbare Daten des Vermessungsamts von 2010 und 2012 beruhen. Der HKW-Ausstoß könnte bei einigen Anbietern durch spezielle Berechnungen berücksichtigt werden und in die angedachten Modelrechnungen einfließen, ebenso könnte das Wachstum von bereits bestehenden Bäumen mit einfließen. Es erfolgte noch keine Auftragsvergabe.

Im Frühjahr 2018 gab es erste Informationen, dass der Landratsamt München ein flächendeckendes Solarkataster für den Landkreis anfertigen lässt. Hierzu übernahm die Energieagentur Ebersberg-München die Planung, Ausschreibung und Einführung des Katasters. Auf Nachfrage im Landratsamt und der Energieagentur Ebersberg-München gGmbH erhielt die Verwaltung Informationen über die angedachte Darstellungsart und den Umfang der beabsichtigten Informationsbereitstellung. Das Kataster soll demnach überwiegend in Ausgabeinhalten und Design dem bereits bestehenden Solarkataster des Landkreis Ebersberg entsprechen (<https://www.solare-stadt.de/kreis-ebersberg/>).

Anfang August 2018 wurde das Landkreis-Solarkataster für die Kommunen zum Test bereitgestellt und nach einwöchiger Prüfphase für alle am 21.08.2018 zugänglich gemacht (<https://www.solare-stadt.de/kreis-muenchen/solarpotenzialkataster2d>). Die Nutzer können Potentiale für Solarthermie, Photovoltaik, Sonneneinstrahlung, Dachflächeneignung und Anlagenkonfigurieren, sowie die Wirtschaftlichkeit berechnen und erhalten weiterführende Informationen über Fördermöglichkeiten. Die Darstellung der Potentiale und weitere Modellrechnungen beruhen auf Laserscandaten von 2010 und 2012 des Vermessungsamts und werden zzt. nur in einer 2D-Darstellung präsentiert. Durch das Alter der Datengrundlage werden zzt. gewisse Gebäude mit oder nicht berücksichtigt. Im Herbst 2018 sollen neue Daten als Basis der Solarpotentiale zur Wärme- und Stromgewinnung zur Verfügung stehen und danach zeitnah herangezogen werden, welches eine Darstellung in 3D ermöglichen soll. Das landkreisweite Solarkataster wurde medienwirksam in Printmedien, Onlineportalen und mit Werbematerialien, wie Flyer und Postern, durch das LRA München beworben. Für die Planung, Anfertigung, Bereitstellung, Wartung und/oder Bewerbung des Solarkatasters erfolgte keine Kostenumlage an die Kommunen.

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Ein Gründachkataster wurde vom Landkreis bisher nicht umgesetzt, jedoch wurde ein Anstoß zur zukünftigen Realisierung auf gleicher Plattform durch die Gemeinde durchgeführt. Erst mit höherer Nachfrage und nach Prüfung könnte möglicherweise dieser Potentialkataster umgesetzt werden. Hier empfiehlt es sich die weitere Entwicklung abzuwarten.

Frau Veronika Bohmann, Energieberaterin der Energieagentur Ebersberg-München gGmbH stellte dem Gremium das Solarflächenkataster für den Landkreis München vor und erläuterte die auftretenden Fragen aus der Mitte des Gremiums.

Beschluss: 9 : 0

Das Gremium spricht sich dafür aus, dass durch die Einführung des landkreisweiten Solarkatasters über den Landkreis München dem Beschluss Nr. 33 des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018 im Punkt Solarkataster nachgekommen wurde.

Die Verwaltung sieht von weiteren Bestrebungen einer Realisierung eines gemeindespezifischen Solarkatasters ab. Es erfolgt somit keine Auftragsvergabe für das angedachte Solarkataster. Das angedachte Gründachflächenkataster sollte erst nach Prüfung der Landkreis Nachfrage weiter verfolgt werden. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt den Sachverhalt zu prüfen. Bei geringer Nachfrage sollen entsprechende Angebote für ein eigenständiges Gründachkataster für die Gemeinde eingeholt, geprüft und dem Gremium zur Entscheidung vorgelegt werden.

AZ 8614  
Bauamt

#### Anträge der Agenda 21

AZ 000  
Bauamt

#### Anträge der Agenda 21

40

9

#### Antrag der Agenda 21 zur Förderung überdachter Fahrradabstellplätze

Der Erste Bürgermeister wurde am 16.04.2018 von Herr Störringer, einem Mitglied der Agenda 21, in der Bürgermeistersprechstunde aufgesucht. Der Antragsteller sprach sich für eine Förderung von überdachten Radstellplätzen.

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Zuschuss soll seitens der Gemeinde für den Bau einer Überdachung von Fahrradstellplätzen an Wohnanlagen vergeben werden. Sollten Überdachungen von Radstellplätzen bezuschusst werden, müsste der Förderumfang, Fördergegenstand und Fördersumme festgelegt werden.

Beispielsweise können bestehenden Fahrradständer überbaut werden oder neugeschaffene Abstellmöglichkeiten mit Dach förderfähig sein. Die Überdachung und/oder die Fahrradabstellmöglichkeit, wie Ständer, Halterung, Bügel könnten ebenso gefördert werden. Zudem könnten E-Bike-Lademöglichkeiten separat bezuschusst werden. Die jeweilige Fördersumme kann ein Pauschalbetrag für das gesamte Projekt oder prozentual pro geschaffene überdachte Radabstellmöglichkeit mit einer Deckelung erfolgen.

Die Förderung soll private Vermieter, Hausverwaltungen und Eigentümergemeinschaften dazu bewegen überdachte Fahrradstellplätze zu schaffen. Dadurch können Bewohnerinnen und Bewohner Räder besser, ohne zusätzliche materialermüdende Witterungseinflüsse, verstauen. Zudem könnte eine Möglichkeit das Fahrrad vor Ort abzuschließen oder durch einen möglichen Abschluss des gesamten Stellplatzes für mehr Sicherheit sorgen und so vor Diebstahl schützen. Des Weiteren könnte eine Möglichkeit zur E-Bike-Ladung bewerkstelligt werden, sollte dies von den jeweiligen Bauherren gewünscht werden.

Durch die Stärkung der Infrastruktur für umweltfreundliche Fortbewegungsmittel im Gemeindegebiet könnten Anreize für Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden, verstärkt das Rad als alternatives Fortbewegungsmittel zu wählen.

Zur Entwicklung einer Förderung müssen zudem baurechtliche Aspekte berücksichtigt werden. Bisher wurden in der Gemeinde die Rahmenrichtlinien für Fahrradabstellmöglichkeiten für Wohngemeinschaften über den Bebauungsplan geregelt. In den Nebenanlagen werden Anzahl und Verortung Abstellmöglichkeiten für Räder angegeben. Jedoch können Projekte ohne diese konkretisierten Angaben gebaut werden, daher gibt es keine einheitliche Regelung für Fahrradabstellplätze in der Gemeinde. Anders in der Landeshauptstadt München: hier besteht eine Fahrradabstellplatzsatzung (FabS), in dieser werden beispielsweise Anzahl, Größe oder Herstellungspflicht geregelt. Nach Bayerischer Bauordnung Art. 57 sind Stellplätze für Fahrräder bis zu einer Größe von 30 m<sup>2</sup> verkehrsfrei, wie diese Stellplätze auszusehen haben sind nach Gesetz nicht näher definiert.

Zur Schaffung einer sinnvollen Förderung sollte diese von gesetzlichen und gemeindlichen Verordnungen abgeleitet werden. Dabei wäre eine, zumindest für zukünftige Bauvorhaben, vorherige Vereinheitlichung und Reglementierung der Fahrradabstellung von Nutzen.

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Beschluss: 9 : 0

Die Verwaltung wird beauftragt ein Förderkonzept für den Ausbau von überdachten Fahrradstellplätzen an bestehenden und zukünftigen Wohnanlagen auszuarbeiten und dem Ausschuss zur Vorbereitung und Empfehlung an den Gemeinderat vorzulegen.

AZ 851  
Bauamt

41      9      **Anträge der Agenda21**  
**Aussaat von Wildblumenflächen und weitere Begrünungen im**  
**Gemeindegebiet**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 25.02.2016, Nr. 8. Der Beschluss liegt dem Gremium vor.

Der Erste Bürgermeister wurde am 16.04.2018 von Herr Störringer, einem Mitglied der Agenda 21, in der Bürgermeistersprechstunde besucht. Der Antragsteller möchte, dass die Gemeinde die Grünstreifen an Straßen, verschiedene weitere ungenutzte Begleitflächen und eine größere Fläche von ca. 5.000 m<sup>2</sup> extensiv gepflegt werden, um Wildwuchs, Wildblumen und Insektenvorkommen zu fördern.

Die Wildpflanzen und Wildblumen können einen neuen Lebensraum und neue Nahrungsquelle für verschiedenste Insektenarten, Schmetterlinge und andere Kleinlebewesen bieten. Dadurch könnten sich Vorkommen verschiedener Arten stabilisieren und Raum für Neuansiedelungen von bereits verschwunden heimischen Arten geschaffen werden. Die extensive Bewirtschaftung ist förderlich für die Artenzahl, -zusammensetzung, da ein diverses Landschaftsbild eine höhere Biodiversität mit sich bringt. Zudem senken sich die Grünpflegekosten für die Mahd. Der Einsatz von Dünger und/oder Herbizid könnte für Straßen- und Wegeränder gänzlich weg fallen und somit ein wichtiger Schritt für den Umweltschutz in der Gemeinde darstellen.

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Im Zuge der Realisierung möchte die Agenda eine Patenschaft für eine größere Fläche von ca. 5.000 bis 7.000 m<sup>2</sup> übernehmen. Dort sollen Blumen gesät, sowie Pflanzen und Bäume für heimische Schmetterlinge gepflanzt werden. Die Fläche soll später von Schulklassen und Kindergartengruppen für Feldversuche genutzt werden. Natürlich soll die Wiese ebenso für naturverbundene Bürgerinnen und Bürgern für ein Naturerlebnis auf gemeindlichen Grund parat stehen. Darüber hinaus soll durch eine Lehrtafel ein steter Informationsfluss an alle interessierten Bürger erfolgen. Solche Lehrtafeln mit entsprechender Halterung können ab ca. 1.200,- Euro brutto von einschlägigen Firmen bezogen werden. Durch solche begleitende Maßnahmen und weiterführenden Aktionen durch die Agenda 21-Paten rund um Bienenwiese, Schmetterlinge und Insekten könnte ein allumfassendes Naturschutzprojekt in der Gemeinde für die Bürgerinnen und Bürger entstehen und etabliert werden.

Des Weiteren wurde mitbeantragt, dass der Etzweg mit mehrjährigen Pflanzen an beiden Wegränder versehen werden und so als einen Korridor für Insekten, Kleinsäuger und andere Lebewesen fungieren könnte. Der bestehende Etzweg wurde um einen separierten Radweg erweitert. Nach Rücksprache mit dem Sachgebiet Tiefbau könnten die Grünflächen nur mit extensivem Saatgut begrünt werden, ohne mehrjährige Pflanzen.

Neben dem Antrag der Agenda 21 wurde von einem Bürger, per Email vom 17.04.2018, auf eine ähnliche Idee hingewiesen. Er merkte an, dass durch die stetige Versiegelung von Flächen aufgrund zahlreicher Baumaßnahmen über die letzten Jahrzehnte die Gemeinde zunehmend naturbelassenen Strukturen verlor. Der Bürger forderte mehr Mut zu verwildertem Begleitgrün an Straßen und gemeindlichen Liegenschaften, Belassen von Heckenstrukturen und kleinen Biotopen zur Förderung von Bienen, Insekten und anderen Kleintieren.

Eine weitere E-Mail von 21.06.2018 einer Arbeitnehmerin, eines ortsansässigen Unternehmens, verwies auf die „wunderbare, wilde Blumenwiese“ am Heinrich-Hildebrand-Weg. Das „kleine Paradies“ wird „jedes Jahr einfach abgemäht, obwohl man es einfach stehen lassen könnte.“ – weiter verwies sich auf die Bienen, Schmetterlinge und andere Insekten sich dort „tummeln“. In diesem Fall könnt die Pflegeintervalle auf ein Minimum reduziert werden um eine Wildblumenfläche zu etablieren.

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Weiter stellte Herr Trundt, Agenda 21 Sprecher, im September 2018 einen Antrag zur Realisierung eines Blühstreifens entlang des Aschheimer Wegs, südlich der Kleingartenkolonie zwischen Etzweg und Gleißbach auf gesamter Länge. Auf dem parallel zur befestigten Straße laufenden Streifen soll zusätzlich eine leichte Dammschulter errichtet werden, dies soll ein Befahren oder Parken auf der Blühfläche verhindern und die Entwicklung von Pflanzen und Insekten sichern. Die Aufschüttung soll jedoch ohne Beeinträchtigung des Rettungs- bzw. Einsatzfahrzeuge, insbesondere im Begegnungsverkehr, erfolgen. Durch die Etablierung dieser Blühfläche soll ein weiterer Baustein für eine flächendeckende Vernetzung geschaffen werden und kann sich somit positiv auf die Etablierung von Insekten und Stabilisierung von Insektenpopulationen auswirken.

Ferner stellte Herr Unterstein, Mitglied des Gremiums, einen Antrag an den Energie- und Umweltausschuss am 16.10.2018. Es wurde beantragt, dass die Gemeinde nach Antragstellung Saatgut für Wohngemeinschaften (WEG) unentgeltlich zur Verfügung stellt. Die Aussaat soll innerhalb durch die WEG ausgewiesener und gekennzeichneten Flächen durch die jeweilige WEG erfolgen. Die Pflege wird weiter von der WEG fortgeführt, zur Unterstützung soll ein ausgearbeiteter Pflegeleitfaden seitens der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Durch Markierungen soll zudem langfristig auf die Förderung durch die Gemeinde hingewiesen werden, dies könnte bspw. durch witterungsfeste Fähnchen erfolgen. Die angedachte Maßnahme soll die Biodiversität in den Wohnanlagen in der Gemeinde erhöhen und somit das Nahrungsangebot für Insekten und Vögel verbessern und schließlich dem Rückgang der Diversität und Artenzahl insbesondere in regionaler Hinsicht entgegenwirken.

Bisher wurden die Grünflächen im Gemeindegebiet überwiegend intensiv vom Bauhof gepflegt. Bereits 2016 wurde per Beschluss die Saat von Wildblumen an sechs Standorten entlang von Straßen und gemeindlichen Grünflächen festgesetzt. Dies wurde im April 2018 teilweise an der Fahrradunterführung am Etzweg und am Kinderhaus Straßäckerallee ausgeführt, weitere Standorte, wie beispielsweise die Grünflächen am P+R-Parkplatz, Bahnhof Südeingang, zwischen Bahnhof und Zindlerhaus, entlang von Straßen (M3 bis Dieselstraße, Dieselstraße bis Beta-Straße), folgten. Bereits dieses Jahr konnte durch die ausgebrachte spezielle und teurere Saadmischung schöne Blühflächen erzielt werden. Die Kosten für das Saatgut hängen vom Zweck der Aussaat und Standort ab. Zum Beispiel kostet 1 kg Saatgut „Schmetterlings- und Wildbienenbaum“ für die entsprechende regionale Herkunft von der Firma Rieger-Hofmann 120,- Euro, inkl. 7% MwSt.. Bei einer



## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.      Anwe-  
          send

### Vortrag - Beschluss

---

empfohlenen Ansaatstärke von 2g/m<sup>2</sup> der genannten Samenmischung würden sich die Kosten auf 0,24 Euro/m<sup>2</sup> auf das Saatgut belaufen, zzgl. kommt die Arbeitszeit für Flächenvorbereitung, Aussaat und die Flächenanfahrt hinzu.

Zum Erhalt, Etablierung und Sicherung von Blühwiesen auf gemeindlichen Grünflächen muss die bisher durchgeführte Pflege dieser Flächen angepasst werden. Die Pflegemaßnahmen müssen daher grundsätzlich extensiv erfolgen. Die gemeindlichen Ausgleichsflächen werden bereits seit Jahren mit Erfolg vom Bauhof extensiv gepflegt. Durch die Anpassung der Pflege verringert sich der Pflegeaufwand, da nur noch zweimal gemäht werden muss, damit verbunden sinken die gesamten Pflegekosten für die extensiven Grünflächen. Durch das zweitägige Belassen des Grünschnitts sichert der Bauhof die nächste Blühfolge und mindert somit Kosten einer weiteren Saatgutausbringung. Nach fachlicher Einschätzung werden die Grünflächen erst nach zwei- bis dreijähriger extensiver Pflege eine hochwertige Blühfläche ergeben.

Beschluss: 9 : 0

#### a) Blühwiese

Es soll eine Fläche von ca. 5.000 m<sup>2</sup>, z.B. künftige Fläche des Ökokonto, zur Realisierung einer größeren Wildblumenwiese von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Die Agenda 21 übernimmt die Patenschaft für die Fläche. Die Gemeinde sollte Eigentümer der Fläche sein, ggf. soll verpachteter Gemeindegrund verwendet werden. Die Herstellung und Pflege wird von der Agenda 21 durchgeführt. Angedachte Feldforschungen mit Kindergruppen und anderen Interessensgruppen werden durch die Agenda 21 ausgeführt. Eine entsprechende Informationstafel darf nach Abstimmung mit der Verwaltung durch die Agenda 21 gestaltet und von ihr aufgestellt werden. Die Kosten für das Saatgut und Flächenvorbereitung (abhängig von der Flächengröße); sowie die Investition in eine Informationstafel von ca. 1.200,- Euro werden von der Gemeinde getragen.

#### b) weitere Standorte

Neben der Wiese sollen weitere Standorte mit verschiedenen standortsgerechten Blumensaat durch die Gemeinde bestückt werden, um das Vorkommen von Insekten und Bienen zu fördern. Dies soll jeweils im straßenbaulichen Rahmen, mit extensivem Saatgut an folgenden Bereichen erfolgen

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Radweg Etzweg
- seitlich von Straßen, Radwegen
- Geburtenbaumflächen
- Grünstreifen in zukünftigen Bauvorhaben

außer

- an bestimmten Hauptverkehrsadern (Münchner Str., ....., ..)

#### c) Pflegemaßnahmen abändern

Der Bauhof stellt die bisherige Pflege auf extensive Methoden um. Die zukünftigen Pflegemaßnahmen an den ausgewählten gemeindlichen Grünflächen sind somit anzupassen.

#### d) Förderung von Saatgut

Die Verwaltung wird beauftragt Saatgut für interessierte Wohnungsgemeinschaften auf Antrag bereit zu stellen.

Das Saatgut soll kostenlos für maximal 1ha nach Antrag bereitgestellt werden.

Der Antrag ist durch die Verwaltung auszuarbeiten. Hinzu werden nützliche Pflegehinweise zusammengestellt und eine Kennzeichnung der Saatgutförderung an den teilnehmenden WEGs geprüft und ausgearbeitet.

Die zu erwartenden jährlichen Kosten für eine Förderung von Saatgut an Wohnungsgemeinschaften in Unterföhring soll in einer neugeschaffenen Haushaltsstelle im Vermögenshaushalt Unterabschnitt 36020 Naturschutz und Landschaftspflege verbucht werden.

Das Ergebnis zu den beantragten Punkten ist dem Gemeinderat zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

AZ 1734  
Bauamt

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

42

9

#### **Gartencontainer an der Dammstraße und in der Isarau; Sachstand und weiteres Vorgehen**

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018 UA 35 wo festgelegt wurde, dass die Testphase des zusätzlich aufgestellten Gartencontainers in der Dammstraße bis Ende 2018 verlängert werden soll und das Ergebnis dem Gremium zur Entscheidung vorzulegen ist. Des Weiteren wird an den Beschluss vom 30.10.2008 UA 17 erinnert, indem die Anbringung einer Schranke an der Zufahrt zum Gartencontainer in der Isarau beschlossen wurde, damit zukünftig keine Autoanlieferung mehr möglich ist. Des Weiteren wird an die Beschlüsse vom 26.07.2011, UA 49 und vom 20.09.2016, UA 21 erinnert, indem beschlossen wurde, dass zukünftig keine weiteren Standorte für Gartenabfallcontainer errichtet werden sollen.

Folgendes Fazit ist während der Testphase des Containers in der Dammstraße zu ziehen: Ein wirklicher Bedarf konnte nicht festgestellt werden. Der Container wurde während der Testphase durchschnittlich nur einmal pro Monat geleert. Vier Leerungen davon waren wegen falscher Befüllung (Äste nicht kleingeschnitten) und Geruchsbildung im viertel- bis halbvollen Zustand notwendig. Dazu wurde sich noch beschwert, dass der Container zu hoch ist.

Die Schlüssel für die Schranke für den Gartencontainer in der Isarau wurden auf Grund der kollidierenden Beschlusslage nicht verteilt. Den Interessenten wurde mitgeteilt dass eine endgültige Aussage erst nach dem Umwelt- und Energieausschuss erteilt werden kann.

Sollte sich das Gremium für den Erhalt des zusätzlichen Gartencontainers in der Dammstraße aussprechen, sollten die Beschlüsse vom 26.07.2011, UA 49 und vom 20.09.2016, UA 21 aufgehoben und über die Anträge zur Aufstellung von weiteren Gartencontainern am Lohwiesenweg (2011/2016), am Keltenweg (2011), in der Rosen-/Nelkenstraßen (2016) und in der Neubruchstraße (2018) neu beraten werden.

Aus den oben angeführten zum Teil kollidierenden Sachverhalten empfiehlt die Verwaltung die Container in der Isarau und in der Dammstraße abzuziehen, die Grube in der Isarau zurückzubauen und dafür einen neuen Standort in der Bergstraße beim FC Unterföhring zwischen der Trafostation und dem Zigarettenautomat zu errichten. Der neue Gartencontainer wäre damit für alle zu Fuß oder mit dem Auto erreichbar. Er würde deutlich zentraler stehen. Es gibt keine direkten Nachbarn die durch die Anlieferungen der Bürger in ihrer Lebensqualität gestört werden. Der FC Unterföhring wäre mit dem neuen Standort einverstanden.

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Beschluss: 9 : 0

Der Umwelt- und Energieausschuss beschließt, die Container in der Isarau und in der Dammstraße abzuziehen. Als Ersatz ist eine neue Wertstoffsammelstelle für Gartenabfälle beim FC Unterföhring in der Bergstraße östlich neben der Trafostation zu errichten.

AZ 1761  
Bauamt

43

9

#### **Erweiterung Wertstoffsammelstelle an der Feuerwehr um zwei Unterflurpapiercontainer zur Erhöhung der Anlieferkapazitäten**

Der Bürgermeister berichtet, dass es an den Wochenenden regelmäßig zu Entsorgungseingpässen an der Wertstoffsammelstelle südlich von der Feuerwehr kommt. Obwohl die vorhandenen vier x 5 m³ Papiercontainer am Freitag und am Montag geleert werden und am Samstag noch jemand mit der Säuberung des Platzes und lösen der Verstopfungen an den Einwurfschächten beauftragt ist, reichen die vorhandenen Kapazitäten nicht aus. Aus diesem Grund wird von der Verwaltung vorgeschlagen den Platz um zwei weitere Unterflurpapiercontainer zu erweitern. Die Feuerwehr ist mit einer Erweiterung in westlicher Richtung von den bestehenden Unterflurcontainern einverstanden. Die dafür nötigen Haushaltsmittel von circa 15.000 € brutto für die Beschaffung der Container zuzüglich circa 10.000 € brutto für die Tiefbaukosten sind auf der Haushaltsstelle 58000.9540 noch für 2019 mit einzuplanen.

Beschluss: 9 : 0

Der Umwelt- und Energieausschuss folgt der Empfehlung der Verwaltung und stimmt der westlichen Erweiterung der bestehenden Wertstoffsammelstelle an der Feuerwehr um zwei weitere Unterflurpapiercontainer zu. Die Verwaltung wird beauftragt die Maßnahme bis zum Sommer 2019 zu realisieren.

Die Kosten von circa 15.000 € brutto für die Container zuzüglich der Tiefbaukosten in Höhe von circa 10.000 € brutto sind auf der Haushaltsstelle 58000.9540 für 2019 noch mit einzustellen.

AZ 1765  
Bauamt

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

44      9      **Überlegungen zur Einführung einer Gebühr für eine nachträgliche Erstellung eines Berechtigungsscheines für die Anlieferung im Wertstoffhof**

Der Bürgermeister berichtet, dass es im Wertstoffhof Mengenbegrenzungen pro Öffnungstag gibt für die Anlieferung von Bauschutt (=50l) und von Sperrmüll (2 m<sup>3</sup>) um eine missbräuchliche Nutzung z. B. durch gewerbliche Entrümpler oder Baufirmen möglichst zu vermeiden. Wenn ein Bürger einmalig mehr anliefern möchte, muss er sich vorher bei der Gemeinde einen Berechtigungsschein holen und kann dann an einem Öffnungstag bis zu 8 m<sup>3</sup> an Sperrmüll und 200 l an Bauschutt ausnahmsweise zum Wertstoffhof bringen. Der korrekte Vorgang wird den Bürgern im Abfall-Lexikon und auf der Homepage erklärt.

Trotzdem kommt es vor, dass Bürger mit größeren Anliefermengen zum Wertstoffhof kommen, die keinen Berechtigungsschein haben. Früher wurden sie mit der kompletten Menge wieder weggeschickt. Dies hat zu starken Verärgerungen geführt. Zur Erhöhung der Bürgerfreundlichkeit wurde seit circa 5 Jahren mit den Mitarbeitern vom Wertstoffhof ein Ermessensspielraum vereinbart, dass bis zu 4 m<sup>3</sup> Sperrmüll angenommen werden dürfen. Bedingung dafür ist, dass die anliefernden Bürger Ihre Daten vor Ort angeben müssen und sich bereit erklären, nachträglich den Berechtigungsschein bei der Verwaltung zu holen. Darüber sind die Anlieferer erstmal erleichtert, sehen es dann aber im Nachhinein als Zumutung an, dass sie noch auf die Verwaltung müssen, weil sie doch ihre Wertstoffe schon abgeliefert haben. Aus diesem Grund wird von der Verwaltung vorgeschlagen, dass im Wertstoffhof zukünftig Mehrmengen ohne Berechtigungsschein angenommen werden, wenn die betreffenden Bürger sich vor Ort schriftlich bereiterklären, für den zusätzlichen Verwaltungsaufwand eine Gebühr von 10 € zu übernehmen. Die Verwaltung würde dann aufgrund dieses unterschriebenen Formulars einen nachträglichen Berechtigungsschein ausstellen und dem Wertstoffhofbetreiber der Firma Rauscher zukommen lassen. Der Anlieferer der Mehrmenge erhält einen Bescheid über die Verwaltungskostenübernahme von 10 € zugeschickt. Die Einnahmen kommen der Müllgebühr zu gute.

Grundlage für die Bescheiderhebung ist die Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Unterföhring basierend auf dem kommunalen Kostenverzeichnis. Da ist unter der Tarif-Nr. 002 festgelegt dass für Bescheinigungen Gebühren in Höhe von 5 – 75 € erhoben werden können.

Beschluss: 9 : 0

Der Umwelt- und Energieausschuss folgt der Empfehlung der Verwaltung und beschließt, dass zukünftig bei Mehranlieferungen im Wertstoffhof ohne Berechtigungsschein für den nachträglichen Verwaltungsaufwand eine Gebühr von 15 € verlangt wird.

AZ 1765  
Bauamt

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

45

9

#### **Änderung der Baumliste für Ersatzpflanzungen nach der Baumschutzverordnung von Unterföhring (Empfehlungsbeschluss für Gemeinderat)**

Der Vorsitzende erinnert an den Erlass der Baumschutzverordnung (BSchVO) der Gemeinde Unterföhring am 12.03.2009 und bringt den Ergänzungsbeschluss vom 18.05.2017 Nr. 576 in Erinnerung.

Mit dem Ziel den Baumbestand im Gemeindegebiet zu erhalten, wurden und werden Fällungen mit der Auflage einer Ersatzpflanzung genehmigt. Hier wurde nach Anlage 1 zum Vollzug der Baumschutzverordnung eine Pflanzliste mit verschiedenen Bäumen in zwei Kategorien ausgehändigt. Im Bescheid zur Fällung werden dem Antragsteller Angaben zur Anzahl der zu ersetzenden Bäume aus den Kategorien großkronig und kleinkronig mitgeteilt (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Pflanzliste

<b>Großkronige Bäume</b>	<b>Kleinkronige Bäume</b>
Birke	Feldahorn
Hainbuche	Vogelkirsche
Rotbuche	Traubenkirsche
Zitterpappel	Mehlbeere
Traubeneiche	Eberesche
Stieleiche	
Silberweide	
Winterlinde	

Die aufgeführten Baumarten entsprechen teilweise den Arten, welche im Zuge der natürlichen Waldgesellschaft entsprechend, auf dem Gemeindegebiet vorkommen würden. Die Liste wurde nach Kriterien des Standorts zusammengestellt. Die besonderen Begebenheiten im urbanen Bereich blieben weitgehend unberücksichtigt. Die Auswahl ist ökologisch gesehen eine gute Grundlage, jedoch sollte die Liste zeitgemäße Ergänzungen erhalten. Durch eine Erweiterung des Artensortiments können Bäume gepflanzt werden, die den jetzigen abiotischen und biotischen Einflüssen besser standhalten können.

Durch die stärker Versiegelung der Flächen innerorts und den stetig zunehmenden Temperaturen, sowie den zunehmenden Wetterextremen sind andere Ansprüche an die Baumarten entstanden. Zudem mehren sich unvorhersehbare Einflüsse - wie Borkenkäfer, Asiatischer Laubholzbockkäfer oder Eschentriebsterben - stetig. Den genannten negativen Aspekte kann

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

durch eine breitere Palette von Baumarten bereits positiv entgegen gesteuert werden. Es könnten ggf. krankheitsbedingte Totalausfälle, wie bei Esche und Ulme in den letzten Jahren zu beobachten war, eingedämmt werden und ein beständigerer Baumbestand im Gemeindegebiet erzielt werden.

Die Baumartenauswahl sollte mit den urbanen Kriterien wie beispielsweise hoher Versiegelungsgrad, starke Einstrahlung, zunehmende Trockenheit und verstärkte Immissionen zurechtkommen. Die Artenzahl soll erweitert werden und somit kann eine höhere Diversität unter den gemeindlichen Baumarten erreicht werden. Auf lange Sicht tritt eine damit verbundene Stärkung und Sicherung des gemeindlichen Baumbestands auf.

Hierzu sollte zukünftig für durchzuführende Ersatzpflanzungen seitens der Gemeinde und privater Hand aus einer Sammlung von heimischen Baumarten, Arten nach Listung der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz der GALK-Liste für Straßenbäume und Ergebnissen aus dem Projekt Stadtgrün 2021: neue Bäume braucht das Land, der Bayerischen Landesanstalt für Wein und Gartenbau, auswählbar sein. Dadurch wird sich das Repertoire neben den typischen heimischen Baumarten, um deren Züchtungen und nicht heimische Baumarten erweitern.

Tabelle 2: ergänzende Baumauswahl

<b>Trompetenbaum</b>	<i>Catalpa bignonioides</i>
<b>Europäischer Zürgelbaum</b>	<i>Celtis australis</i>
<b>Taubenbaum</b>	<i>Davidia involucrata</i> var.
<b>Gleditschie in vers. Sorten</b>	<i>Gleditsia</i> spp.
<b>Blasenbaum</b>	<i>Koeleruteria paniculata</i>
<b>Amberbaum in vers. Sorten</b>	<i>Liquidambar</i> spp.
<b>Ginkgo in vers. Sorten</b>	<i>Ginkgo</i> spp.
<b>Tulpenbaum in vers. Sorten</b>	<i>Liriodendron</i> spp.
<b>Urweltmamutbaum</b>	<i>Metasequoia glyptostroboides</i>
<b>Hopfenbuche</b>	<i>Ostrya carpinifolia</i>
<b>Platane</b>	<i>Platanus acerifolia</i>
<b>Pappel in vers. Sorten</b>	<i>Populus</i> spp.
<b>Kirsche in vers. Sorten</b>	<i>Prunus</i> spp.
<b>Eichen in vers. Sorten</b>	<i>Quercus</i> spp.
<b>Robinie in vers. Sorten</b>	<i>Robinia</i> spp.
<b>Jap. Schnurbaum</b>	<i>Sophora japonicum</i>
<b>Mehlbeere in vers. Sorten</b>	<i>Sorbus</i> spp.
<b>Linde in vers. Sorten</b>	<i>Tilia</i> spp.

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.      Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

<b>Ulmen-Hypride</b>	Ulmus x spp.
<b>Jap. Zelkove</b>	Zelkove spp.
<b>Erle in vers. Sorten</b>	Alnus spp.
<b>Ahorn in vers. Sorten</b>	Acer spp.
<b>Felsenbirne</b>	Amelanchier spp.
<b>Hainbuche in vers. Sorten</b>	Carpinus spp.

---

Weiterhin sollten die bisherigen gelisteten heimischen Baumarten pflanzbar sein (Tabelle 1) und deren Züchtungen. Als Ergänzung wären die in Tabelle 2 aufgeführten Bäume in Anlage 1 „Pflanzenliste für Ersatzpflanzungen nach BSchVO“ einzuarbeiten.

Eine Abänderung der Anlage 2 „Kostenliste für Ausgleichszahlungen von Ersatzpflanzungen“ zu einem Einheitspreis könnte zudem in Betracht gezogen werden. Die bisher baumartenspezifischen Preise sind wohl nach ökologischer Wertigkeit ausgewählt worden, jedoch ist die Bemessung nicht mehr nachvollziehbar und lässt weitere Kriterien, wie den Holzwert, oder aktuelle ökologische Indizes unberücksichtigt. Zur Vereinheitlichung wäre z. B. der gemittelte Wert der angesetzten Preise plus den veranschlagten Pflanzkosten anwendbar, dies wären 500,- Euro Mittelwert plus 150,- Euro Pflanzkosten – gesamt 650,- Euro. In Zuge einer Anpassung der Anlage 1 muss die Anlage 2 angepasst werden.

Die bisherige Kategorisierung der Bäume in großkronig und kleinkronig sollte abgeändert werden auf eine Sortierung nach erreichbare Wuchshöhen, da eine korrekte Einteilung nach der Kronigkeit durch spezielle Züchtungen oder durch wuchsbeeinflussende äußere Begebenheiten nicht erreicht werden.

Nach geläufigerer Handhabung wären somit die Kategorien nach Wuchshöhe eine fachliche Möglichkeit der Anwendung. Damit wäre folgende Einteilung

großer Baum / 1. Ordnung	20-40m Wuchshöhe
mittelgroßer Baum / 2. Ordnung	12/15-20m Wuchshöhe
kleiner Baum / 3. Ordnung	7- 12/15m Wuchshöhe

in der BSchVO und den Anlagen anzupassen.



## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Beschluss: 9 : 0

Dem Gemeinderat wird folgender Beschluss empfohlen.

Die Verwaltung wird beauftragt die ergänzende Baumartenwahl nach Tabelle 2 zukünftig für Ersatzpflanzungen anzuwenden. Die genaue Auswahl der Sorten der jeweiligen Baumart wird unter Beachtung von biotischen und abiotischen Risiken ausgearbeitet und angewendet.

Die beiden Anlagen der Baumschutzverordnung sind demzufolge um die Baumarten zu erweitern und die Kategorisierung nach Wuchshöhe zu ändern.

Die Anpassung erfolgt parallel in den Anlagen 1 und 2 der BSchVO.

Die angepasste Baumschutzverordnung samt Anlagen soll baldmöglichst in Kraft treten.

AZ 028  
Bauamt

46      9      **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024  
Bauamt

46      9      **Bekanntgaben / Anfragen**  
**BEK Windkraft auf Gemeindegebiet**

Bei der Bürgerversammlung am Donnerstag, den 18.10.2018 wurden Windkraftanlagen auf gemeindlichen Grund thematisiert.

Bereits mit dem integrierten Klimaschutzkonzept der Gemeinde von 2013 wurde eine Realisierung von Windkraftanlagen auf Gemeindegebiet näher untersucht. Anhand des Energie-Atlas Bayern und Datengrundlage des Deutschen Wetter Diensts wurde das Gemeindegebiet näher analysiert. Die örtlichen Begebenheiten, wie bisherige Nutzung und Eigentumsverhältnisse blieben bei der vorab Untersuchung unberücksichtigt.

Auf Grund der topographischen Begebenheiten bietet nur ein kleiner Teil des Gemeindegebiets ausreichenden Windgeschwindigkeiten in 100 m Höhe.

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Daher wäre eine Errichtung nur nach intensiver Prüfung der Wirtschaftlichkeit im Einzelfall möglich.

Darüber hinaus birgt die Errichtung von Windkraftanlagen erhöhtes Konfliktpotential zum Naturschutz und Vogelschutz. Daher können potentielle Flächen vorab aus der Prüfung genommen werden. Hier wäre bspw. Flächen am Speichersee zu nennen, da diese in unmittelbare Nähe zu einem Flora-Fauna-Habitats (FFH-Gebiet 7734-471, höchster naturschutzfachlicher Schutzstatus in der EU) liegen. Zudem fallen einige potenzielle Flächen am Feringasee Richtung Staatstraße M3 weg, da hier bestimmte Flächen als Ausgleichsflächen festgesetzt sind.

Ferner wird an Art. 82 der Bayerischen Bauordnung erinnert. Mit der sogenannten 10H-Regelung können die geforderten Mindestabstände, im Fall Unterföhring insbesondere zu Nachbargemeinden, nicht eingehalten werden, welches zusätzlich der Errichtung von möglichen Windkraftanlagen auf Gemeindegebiet im Wege steht.

AZ 8615  
Bauamt

46

9

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK Aufruf Vorschlag für Auszeichnung Grüner Engel**

Der Grüne Engel ist eine Auszeichnung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz.

Es sollen Personen geehrt werden, die vorbildliche ehrenamtliche Leistungen im Umweltbereich erbringen. Beispielsweise können diese eine hohes Engagement im Bereich Umweltbildung, Projekte für Artenhilfsmaßnahmen, Engagement im Bereich Abfalltrennung oder langjährige aktive Mitglieder verschiedener naturschutzfachlicher Institutionen sein.

Sollten potenzielle Gemeindemitglieder in Frage kommen, unterbreiten Sie dem Sachgebiet Hochbau/Umwelt zeitnah Ihre Empfehlungen. Die eingehenden Vorschläge werden gesammelt zur Überprüfung an das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz übermittelt.

AZ 17  
Bauamt

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

46

9

#### Bekanntgaben / Anfragen

#### BEK Elektromobilitätskonzept Landkreis München

Das Elektromobilitätskonzept für den gesamten Landkreis München wurde vom Landratsamt München beauftragt. Die Fachplaner von Gevas Humberg und Partner erstellten für den gesamten Landkreis ein Konzept zur Förderung von E-Mobilität indem der Bedarf an Ladeinfrastruktur für E-Mobilität der einzelnen Gemeinden ermittelt und zukünftige Einschätzungen anhand verschiedener Nachfrage-Szenarien getätigt wurden. Bestehende Daten wie über Einwohnerzahl, Pendler oder KFZ-Zulassungszahlen schufen die Grundlage, Workshops mit den gemeindlichen Verwaltungen und Vor-Ort-Besichtigungen führten zu konkrete Standortvorschläge für die jeweilige Gemeinde. Das Konzept gibt konkrete Hilfestellung zum Abrechnungssystem und konformer Beschilderung und Markierung der Parkflächen an öffentlichen Ladepunkten. Das erarbeitete Konzept zur Förderung von Elektromobilität im Landkreis München steht jeder Kommune frei umzusetzen.

Für Unterföhring wurde eine Erweiterung am S-Bahn-Bahnhof, in Wohnbereichen und im Gewerbebereich genannt. Zunächst wurde ein Bedarf von 13 öffentlichen Ladepunkten im Gemeindegebiet ermittelt. Je nach Nachfrage und Etablierung der E-Mobilität soll eine Erweiterung auf 27 bzw. später auf 67 öffentliche Ladepunkte auf Gemeindlichen Grund angedacht.

Der Ladesäulenbetreiber, also die Gemeinde, muss eine Vielzahl von Aufgaben erbringen, um Ladeinfrastruktur für die Öffentlichkeit anbieten zu können. Hierzu gehören beispielsweise eine 24h-Hotline für Ladesäulennutzer, die Wartung der Ladeinfrastruktur und die Tarifdefinition - um nur einige zu nennen. Zur Wahrung eines korrekten und wirtschaftlichen Betriebs der öffentlichen Ladesäulen ist die Findung eines Abrechnungsanbieters unabdingbar. Diese Aufgabe übernimmt der Landkreis München, durch ein einheitliches System für den gesamten Landkreis soll die Attraktivität von E-Mobilität für bestehende und potenzielle neue Nutzer gesteigert werden.

Die Gemeinde plante bereits vor den Empfehlungen des E-Mobilitätskonzepts des Landkreis Münchens eine Erweiterung der Ladesäuleninfrastruktur. Im Gemeindegebiet bestehen zwei Ladepunkten am S-Bahnhof und es sind 53 weitere Ladepunkte im Rahmen gemeindlicher Bauvorhaben geplant. Nach

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Realisierung wären ab ca. 2020 somit 55 Ladepunkte in der Gemeinde von E-Autos nutzbar. Die Standorte wäre Tiefgarage Bürgerfestplatz (10), Parkhaus Diesel-/Beta-Straße (10), Tiefgarage Schulcampus (30), und Tiefgarage Volkshochschule/Musikschule (3). Zusätzlich sollen zwei Ladepunkte für E-Busse an der Schule und drei Ladepunkte für E-Bikes an der VHS errichtet werden.

Nach Gemeinderatbeschluss vom 13.09.2018 Nr. 776 soll nun im Rahmen des E-Mobilitätskonzepts die Ladeinfrastruktur am Standort S-Bahnhof zwei weitere Ladepunkte erweitert werden, um die gestiegene Nachfrage vor Ort zu bewältigen.

AZ 85  
Bauamt

46

9

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK: Erweiterung der Mobilfunksendeanlage Dieselstr. 1**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass am Standort Allianz, Dieselstraße 1 in Unterföhring die bereits bestehende Mobilfunksendeanlage für das Vodafone-Mobilfunknetz im Rahmen des Bayerischen Mobilfunkpakts erweitert werden soll. Hierzu wurde Firma Bernhart ConsKom GmbH & Co. KG das Funksystem mit LTE zu ergänzen beauftragt.

AZ 8542  
Bauamt

46

9

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK: Geschirrmobil**

Aufgrund mehrerer Anfragen prüft die Verwaltung derzeit die mögliche Förderung zur Stärkung des freiwilligen Einsatzes eines Geschirrmobiles zur Vermeidung von Einweggeschirr.

Von der Anschaffung eines gemeindlichen Geschirrmobiles soll grundsätzlich Abstand genommen werden, da hier eine wesentliche Auslastung und zusätzliches Personal zur Verwaltung erforderlich ist.

## 6. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 29.11.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

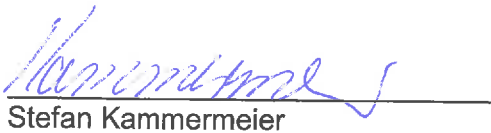
Geschirrmobile sind grundsätzlich zur Anmietung am Markt verfügbar. Durch eine Förderung könnte ein zusätzlicher Anreiz für einen freiwilligen Einsatz zur Vermeidung von Einweggeschirr geschaffen werden.

AZ 176  
Bauamt



---

Andreas Kemmelmeier  
Erster Bürgermeister



---

Stefan Kammermeier